

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 1.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt.
Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 1. Januar 1909.

Inserionspreis für die viergep. Zeitsp. 30 Pfg. Stellengeuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich in Cöln, Palmstraße 11. Telefonruf 7605. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Allen Verbandsmitgliedern

wünscht

ein glückseliges neues Jahr

Die Verbandsleitung.

„Der Holzarbeiter“.

Durch zehn Jahre hin hat unser Verbandsorgan den Titel „Der deutsche Holzarbeiter“ geführt. Mit Beginn des Jahres 1909 stellt es sich in veränderter Form bei der Kollegenschaft ein: „Der Holzarbeiter“ nennt es sich nunmehr.

Zwar hat das Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands, seit dem Erscheinen der ersten Probenummer (Oktober 1899) den Namen „Der deutsche Holzarbeiter“ getragen, technisch aber hat sein Kopf des öfteren eine Veränderung erfahren. Diese oftmalige Umgestaltung kann als Beweis für die Schwierigkeiten gelten, die der Schaffung eines allgemein zugänglichen Kopfes im Wege standen. Daß die Verbandsmitglieder jemals voll und ganz von einer günstigen Wirkung des Kopfes des Organs überzeugt gewesen sind, läßt sich kaum behaupten. Stand der Titel des Organs in zwei Reihen, dann erschien alles fast und zu wenig lebendig; wurde versucht den Titel in einer Reihe unterzubringen, dann zeigte sich, daß der Kopf zu gedrückt war und keineswegs eine schöne Wirkung ausübte.

Sollte deshalb hierin etwas Besseres geschaffen werden und die technische Anordnung des Zeitungskopfes dem gebildeterem Geschmack entsprechen, blieb keine andere Wahl als eine Titeländerung vorzunehmen. Das sahen auch die Delegierten des letzten Verbandstages in München ein und stimmten sie dem Antrage des Zentralvorstandes zu, daß das Organ fortan den Titel: „Der Holzarbeiter“ tragen solle.

So präsentiert sich denn die Verbandszeitung mit Beginn des neuen Jahres im neuen Gewande. Die gefällige Art des Titelsatzes, wie auch der Überschriften der einzelnen Rubriken, dürfte in den Kollegentreifen allseitigen Anklang finden. — Neben dem Titel ist auch in der Art des Papiers eine Aenderung eingetreten. Die bisherige Papierfarbe wirkte nicht vom besten auf das Auge des Lesenden ein. Die Färbung des jetzigen Papiers dürfte eher zufriedenstellen.

Mit diesen Aenderungen ist nun keineswegs eine Aenderung des Programms verbunden. In ebenso entschiedener Weise wie bisher wird auch in Zukunft das Organ ein Anwalt für die Interessen der Holzarbeiter und des Verbandes sein. Wo es nur Arbeiterrechte zu vertreten gibt, wird man den „Holzarbeiter“ auf dem Posten finden. Er wird sein ein unermüdlicher Vorkämpfer für die Regelung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse; sei es, daß die Zustände innerhalb eines Betriebes, Berufes oder Ortes dieses erheischen, oder auch die soziale Gesetzgebung eine Aenderung herbeiführen soll. Für die allgemein geistige, soziale und berufliche Fortbildung will der „Holzarbeiter“ ein Lehrort sein. Erzieherisch will er zur Berufs- und Standesolidarität wirken. Er will so als Agitator für die Gewerkschaftsidee, deren Ausbau und Vertiefung gelten. „Der Holzarbeiter“ will sein eine Quelle der Belehrung über Mittel und Wege zur Lösung gewerkschaftlicher Aufgaben. Er will die Brücke der Einheitslichkeit der Bewegung bilden, welche die Zahlstellen und Verbandsmitglieder miteinander verbindet. Er will sein ein Kämpfer für den Verband und gegen dessen Feinde.

Bisher ist schon so gehalten worden und in der Zukunft soll's so bleiben. Es wird dazu das Bestreben der maßgebenden Faktoren sein, den Verbandskollegen das Organ noch lieber und unentbehrlicher zu machen. Ist schon ohne moderne Arbeiterorganisation fast unidentbar, so wird die Organisation an Festigung und Ansehen nur gewinnen können, wenn sie über ein Organ verfügt, das nach allen Seiten hin den gestellten Anforderungen gerecht wird.

Niemand wird sich darüber Zweifeln hingeben, daß die Anforderungen, die an ein Gewerkschaftsblatt gestellt werden, stetig steigen. Es wird nicht nur verlangt, daß nach der agitatorischen Seite hin das Organ eine Förderin des Verbandes ist, sondern auch, daß es aufklärend, erziehend, bildend auf die Leser einwirkt und auch seine Mission gegenüber der Öffentlichkeit aufs beste erfüllt. In dem gewaltigen Ringen der Arbeiterschaft unserer Tage nach Anerkennung der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung mit andern Ständen, sind die Aufgaben eines Gewerkschaftsblattes gewiß keine leichten. Da bedarf es schon des Anspannens aller in der Bewegung befindlichen brauchbaren Kräfte, um zum gewünschten Resultat zu kommen. Wollte man hier allein der Kraft des Redakteurs vertrauen, so wäre das verfehlt. Ohne regelmäßige und gelegentliche Mitarbeiter kann einmal keine Zeitung, besonders aber kein Gewerkschaftsorgan auskommen.

Der schon so oft erbetenen Mitarbeit der Verbandsmitglieder am Organ muß auch bei dieser Gelegenheit wieder Erwähnung getan werden. Obwohl sich anscheinend ein Umschwung zum Besseren vollzieht, sind alle Verbandsmitglieder, die das Zeug dazu haben, gebeten, sich an der Interessantgestaltung des Organs zu beteiligen. Wie leicht ist solches möglich, und wie leicht wäre dem nicht erfreulichen Zustande abgeholfen, daß die Gewerkschaftszeitung aus der Tagespresse den Stoff sammeln muß; umgekehrt muß es sein. Das wäre bei einigem guten Willen der Kollegen sehr leicht zu erreichen, besonders in unserem Verbands, wenn man sich nicht zu sehr dem Gedanken hingeben würde, daß zur Fertigstellung des Blattes der Redakteur da sei. Zu wenig berücksichtigt man nur, daß die Hauptaufgabe des Redakteurs ist, dem Blatte Richtung und Ziel zu geben, daß er für ein in der Tendenz einheitliches, inhaltlich reiches, durchgearbeitetes, übersichtlich und schön gegliedertes Blatt zu sorgen hat. Keineswegs aber hat er die Aufgabe, den ganzen Inhalt des Blattes zusammen zu schreiben. Da müssen die Mitarbeiter helfen und dem Redakteur interessantes, wenn möglich noch unversehrtes Material zutragen.

Im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter Deutschlands ist letztere Möglichkeit hinreichend gegeben. Ueber fünfzig Kollegen wirken als freigestellte Kräfte in der christlichen Arbeiterbewegung; hunderte von Kollegen wirken als Vertreter ihrer Standesgenossen in den Arbeiterausschüssen, den Krankenkassen, Schiedsgerichten, Gewerbegerichten und sonstigen sozialen Institutionen aller Art; immer größer wird die Zahl der Verbandsmitglieder, die das Amt eines Stadtverordneten und Gemeindevorstandes bekleiden; in den Parlamenten haben bereits Verbandsmitglieder ihren Einzug gehalten und mehr und mehr werden der Kollegen, die das Amt eines Schöffen und Geschworenen bekleiden. Dazu wirken im Verband tausend und mehr Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute. Sollten all diesen Kollegen keine neuen Gedanken und Probleme auftauchen, sollten sie nicht hier und da Erfahrungen machen, die der Gesamtheit mitgeteilt, großen Nutzen stiften können? Sollten sie nicht recht oft ihrem Verbandsorgan eher eine Notiz zuschicken als der Tagespresse? Gerade ihnen obliegt die Pflicht, Material zusammenzutragen, damit in der Redaktion etwas einheitliches daraus geschaffen wird. Sind doch gerade die Anregungen, die mitten aus dem praktischen Leben kommen, am wertvollsten. Zu viel wird da wirklich nicht verlangt. Keine ellenlange Berichte werden gewünscht, sondern nur kurze Notizen. Je kürzer diese sind, desto besser. Gern hilft die Redaktion da nach, wo es notwendig ist.

Vielleicht, wir sagen vielleicht, ist die Schaffung einer neuen Rubrik im Verbandsorgan, „Fachtechnischer und sozialer Fragekasten“ danach angetan, die Mitarbeit der Kollegen zu fördern. Von verschiedenen Seiten wurde die Anregung zu dieser Neuerung, die nur dann beibehalten werden soll, wenn die Kollegen ihr das notwendige Interesse entgegenbringen, gegeben. Möge sie den erhofften Nutzen tragen.

Die Aenderungen am Verbandsorgan, so gering sie auch erscheinen mögen, bedeuten immerhin einen Schritt vorwärts. Anders kann und darf es auch im Verbands nicht sein. Nicht umsonst sagt das Sprichwort: „Stillstand ist Rückgang“. Das gilt auch in bezug auf ein Gewerkschaftsblatt. Im neuen Gewande tritt so „Der Holzarbeiter“ die Reihe zu der Kollegenschaft in alle Gauen des Reiches an mit der Parole: „Zurück vorwärts!“

Radikalismus und Gewerkschaftsarbeit.

Die unentwegten radikalen „Genossen“ haben die in der Regel in ruhigeren Bahnen sich vollziehende, auf dem Boden des Gegenwartsstaates ruhende Arbeit auch der „sozialistischen“ Gewerkschaften stets unter dem Gesichtspunkte höchstens eines „notwendigen Übels“ betrachtet und demgemäß diese behandelt. Die Gewerkschaften dürfen sich solange einer gewissen Duldung erfreuen, als sie der Partei gewisse Handlangerdienste leisten. Zeigen sie aber einmal Neigungen zur Selbständigkeit, Flug, dann setzt die radikale Hege gegen die Gewerkschaften ein, man sucht von dieser Seite Haß und Mißtrauen in die Gewerkschaften hineinzutragen und als bestes Mittel zu diesem Zwecke hat sich noch immer das erwiesen, daß man die Gewerkschaftsmitglieder gegen die Gewerkschaftsbeamten aufhetzt. Wie das gemacht wird, zeigt ein Artikel im „Korrespondenzblatt“ (Nr. 51) der Generalkommission der freien Gewerkschaften. Man weiß die Gewerkschaftsmitglieder auf die „Tafel“ der Verbandsbeamten hin, auf deren „geschützte“ Ernteboden, ihr auskömmliches Leben infolge des „hohen“ Gehalts, auf das „Kompromißeln“ bei Unterhandlungen mit den Arbeitgebern, auf ihre sich vollziehende „Verfälschung“ und das allmähliche Schwenden ihres proletarischen Klassenbewußtseins — das genügt, der Sturm bricht dann los gegen die armen Beamten und das Ziel der Unentwegten ist dann glücklich erreicht! Dadurch wird den Beamten allerdings für eine gewisse Zeit das Leben noch saurer gemacht, wie es vielfach in den Mitgliedern aber in keiner Weise genügt. Denn die Gewerkschaftsarbeit ist und bleibt nun einmal Gegenwartsarbeit — trotz aller anderslautenden radikalen Versicherungen — sie hat mit den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen zu rechnen. Ihre Erfolge sind gebunden an die Tatsachen, wie sie nun einmal liegen, und wer das nicht einseht, scheidet sich eben ins eigene Fleisch. In diesem Sinne schreibt eben auch der bekannte Sozialdemokrat Eduard Bernstein in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Nr. 24):

Es muß ausgesprochen werden, daß es für Lohnhöhungen und Reduktion der Arbeitsleistung jedesmal Grenzen gibt, deren Ueberschreitung das Gegenteil des gewollten Ergebnisses herbeiführen kann, daß die Aufgabe der Gewerkschaft, was die Lohnfrage anlangt, vorwiegend darin liegt, den Arbeiter gegen Lohnruhr und häufige Lohnsenkungen zu schützen, es muß den Illusionen über die Möglichkeit unausgesetzter Erhöhung der Geldlöhne gegen über der Wert der Stetigkeit der Löhne in Verbindung mit der zu erreichenden Erhöhung ihrer Kaufkraft, das heißt des Realeinkommens der Arbeiter stärker als es heute geschieht, betont werden.

Bernstein meint dann weiter, daß die Gewerkschaften zum Teil durch die Praxis dahin geführt würden, dies zu erkennen und ihre Politik danach einzurichten. Mit ganzer Kraft würden sie das aber nur dann können, wenn sie „die sozialistische Theorie von allem utopischen Beiwert befreien“, wenn man den Zusammenbruchillusionen den Abschied gegeben und „Sätze wie Abschaffung der Lohnarbeit, durch Sätze und Forderungen ersetzt sind, die mit den bekannten Entwicklungsstadien des Wirtschaftens leben in Einklang stehen.“ Das nimmt alles nach jeder Richtung hin. Die „sozialistischen“ Gewerkschaften würden aber sich viel weniger über die ihre Arbeit schädigende Illusionspolitik der radikalen Unentwegten zu beklagen haben, wenn sie sich mit der Sozialdemokratie nicht so tief in das bekannte Schutz- und Trugbündnis von Mannheim eingelassen hätten!

Aus dem Wiesentale.

Die Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise machen sich auch in der Fürstendominanz des Wiesentales in besonderem Maße bemerkbar. Ist schon im allgemeinen die Lage der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter eine ärmliche gedrückte, so tritt dies heuer um so mehr in Erscheinung. Wie ein Alp lastet die schlechte Geschäftslage auf der Arbeiterschaft. Und dennoch wäre nichts verkehrter, als wenn die Arbeiter diesen Zuständen mit verträumten Armen zusehen, wenn sie nicht ernstlich Hand anlegen wollten, den schädlichen Wirkungen dieser Erscheinung entgegen zu treten. Wenn irgendwo, so zeigt sich hier, wie notwendig es ist, daß während der jetzigen stillen Zeit an der weiteren Ausbreitung und Vertiefung der Gewerkschaftsidee mit aller Energie gearbeitet werden muß. Macht man doch die Erfahrung, daß es nicht nur an der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation vielfach mangelt, sondern daß innerhalb der Arbeiterschaft jedwede Kenntnis über Ursachen, Bestrebungen und Ziele der Arbeiterbewegung, also die inneren Zusammenhänge, fehlen. Kein Wunder, wenn da auch anderen Interessengruppen jegliches Verständnis für solche Fragen abgeht. Was soll es z. B. heißen, wenn man hier

allerdings mit leicht erkennbarer Absicht, die Arbeiter-Organisationen für die gegenwärtige Krise verantwortlich machen will. Mit Vorliebe werden solche unsinnige Ansichten verbreitet, um entweder die Arbeiterchaft direkt von der Organisation fern zu halten, oder aber um letztere in ihrem Ansehen zu schädigen. Wer auch nur einigermaßen mit den Verhältnissen vertraut ist oder den Dingen, die in der Welt vorgehen, auch nur einigermaßen zusieht, wird leicht erkennen, daß die Organisation sowohl an der Krise wie auch an andern Erscheinungen ebenso wenig Schuld sind, wie am 30-jährigen Krieg.

Ja im Gegenteil haben die Organisationen in besonderem Maße dazu beigetragen, die Wirkungen der Krise abzu- schwächen. Durch das Vorgehen der Gewerkschaften während der Hochkonjunktur wurden der Arbeiterchaft tausende Mark an Lohnerhöhung errungen. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit gewann die Arbeiterchaft Einfluß auf die Regelung der Produktion und wo es auf Grund strenger Organisationen möglich war, diese Ertragsüberschüsse tariflich festzulegen, macht man die Erfahrung, daß die Arbeiterchaft nicht nur von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen bewahrt blieb, sondern daß selbst mitten in der Krise Verbesserungen herbei geführt werden konnten. Die von den Gewerkschaften gewährte Arbeitslosenunterstützung wird ebenfalls dazu beitragen, dem Arbeiter über die schwere Zeit hinwegzuhelfen. Und wenn heute in manchen Kreisen eine ganz andere Beurteilung der Arbeitslosenfrage Platz gegriffen hat, und wenn man sich heute immer mehr mit dem Problem der Arbeitslosenfürsorge befaßt, so ist das wesentlich auf das Vorgehen der Arbeiter-Organisationen zurückzuführen, die es verstanden haben allen anderen Faktoren das Gewissen zuzuschärfen.

Dieses alles zu erkennen, müßte auch im Wieselthal nicht schwer sein, wenn nicht die Borumteile gegen die Gewerkschaften den klaren Blick bedenklich trüben würden. Wer vermag dann zu beweisen, daß es anders gekommen wäre, wenn die Organisationen nicht bestanden hätten? Die Arbeiterchaft möge einmal die Hand aufs Herz legen und sich ernstlich fragen, ob sie nicht alle Veranlassung hat, all die Momente einmal mit aller Offenheit zu beurteilen und man wird jedenfalls zu anderer Ueberzeugung kommen. Und wenn man versucht, durch Angriffe und Verdächtigungen die führenden Kollegen mutlos zu machen, so darf versichert werden, daß dies nicht so leicht möglich ist. Denn die Ueberzeugung hat sich heute bei jenen so festgesetzt, daß sie trotz aller Widerwärtigkeiten auch weiter an der Aufklärung arbeiten werden. Die gesetzgeberischen Maßnahmen, die momentan in Vorbereitung sind, werden ebenfalls das ganze Interesse der Arbeiter in Anspruch nehmen und wird die Schulung unserer Mitglieder und das Bestreben, sich mit diesen vertraut zu machen, eine praktische Arbeit der kommenden Zeit sein.

Wird so von den Arbeitern gearbeitet werden, so wird auch das nötige Verständnis für die Arbeiterbewegung bei den übrigen Bevölkerungsschichten Platz greifen und der weiteren Ausbreitung unserer Ideen zum Siege verholfen werden zum Wohle des Arbeiterstandes und zum Segen der Gesamtheit.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 1. Bezahltag im Jahre 1909 fällig ist.

Hausagitation.

Ueber eine erfolgreiche Hausagitation berichtet in ihrer Nr. 52 die *Textilarbeiter-Zeitung*, das Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands: „Im südlichen Teile von Baden, am Ausgange des Rheintales, welches auf beiden Seiten von hohen Felswänden begrenzt wird und durch seine wunderschönen Naturschönheiten weithin bekannt ist, liegt der am 1. Oktober 1908 gegründete christliche Arbeiterverein. Der Vorsitzende ist Herr Propaganda gewandt. Eine in der damaligen Zeit gegründete Ortsgruppe ging jedoch später wieder ein. Der Organisationsgedanke lebte aber in einzelnen Köpfen weiter und so gelang es im Jahre 1906 abermals eine Zelle zu gründen, deren Mitgliederzahl verhältnismäßig rasch in die Höhe ging. Mit dem raschen Anwachsen der Mitgliederzahl hielt jedoch die innere Zersetzung und Spaltung nicht gleichen Schritt und so kam es dazu, daß die Ortsgruppe wieder beinahe erlosch. Ein im vergangenen Winter abgehaltener Vertrauenskongreß trug wesentlich dazu bei, eine Anzahl von tüchtigen und energiegeladener Kampfer für unsere Sache herauszubekommen und so konnte denn mit frischem Mut und auf neuem Fuß im Winter an eine planmäßige Hausagitation herangegangen werden. Es handelte sich zunächst einmal darum, eine vollständige Liste mit genauer Adresse sämtlicher unorganisirter Arbeiter und Arbeiterinnen herzustellen. Die Arbeit war keine leichte, aber dank der Hingabe einer Anzahl Kollegen ging sie verhältnismäßig rasch vonstatten. Die Ortsgruppe wurde in neun Bezirke eingeteilt und für jeden Bezirk getrennte Listen mit den Namen unorganisirter Arbeiter und Arbeiterinnen angefertigt. Außerdem wurde unter besonderer Berücksichtigung der Beschäftigten aus Leder und unter den Arbeitern der Holzindustrie, welches es die Unorganisirten vertrieben werden sollte, besondere Anstrengung zur Bildung einer Agitationskommission gemacht. Die Agitation selbst wurde durch die Besuche der Hausagitatoren und Kollegen persönlich durchgeführt. Es wurden von den Agitatoren Briefe geschrieben, besprochen und je zwei oder drei Kollegen über den Zweck, den Zweck und die Bedeutung der Agitation aufgeklärt, deren jedesmal ein Brief geschrieben wurde; jedes Quartier erhielt die nötige Liste der Unorganisirten in formen Beleg, sowie die nötige Anzahl von Flugblättern und Prospekten. Zunächst wurde ihnen vom Zweck der Agitation die notwendige Erklärung gegeben, wie die Hausagitation betrieben werden muß, was für ein Erfolg begünstigt sein sollte. Es

Beim Auszahlen von Unterstützungen ist streng darauf zu achten, daß keine rückständigen Beiträge vorhanden sind. Ist ein Mitglied einige Wochen im Rückstande, so müssen von der ersten Unterstützungssumme alle rückständigen Beiträge in Abzug gebracht werden.

In den Mitgliedsbüchern fehlt häufig auf dem Titelblatt die eigenhändige Unterschrift des Inhabers. Dadurch ist es den Kassierern unmöglich, bei zugereisten Kollegen durch Vergleichung der Namensunterschrift im Mitgliedsbuch mit der auf dem Unterstützungsformulare festzustellen, ob das Mitgliedsbuch auch wirklich dem Borgeiger gehört oder ob er nicht auf unehrliche Art und Weise in den Besitz desselben gekommen ist und sich die Unterstützungen erschwindelt. Bei der Aushändigung von Mitgliedsbüchern muß daher immer im Beisein des Vertrauensmannes oder Kassierers die Unterschrift vollzogen werden. Das gilt auch für die am Jahresschlusse von der Geschäftsstelle in Köln ausgestellten Ertragsbücher.

Ferner fehlt in manchen Mitgliedsbüchern über den Markensfeldern die Jahreszahl oder aber sie ist so undeutlich und klein hingeschrieben, daß sie mit Leichtigkeit geändert werden könnte. Die Kassierer mögen also beim Abstemmen der Beitragsmarken dort, wo es noch nicht geschehen ist, auf die einzelnen Seiten die Jahreszahl deutlich hinschreiben.

Bei den vielen Unterstützungen, die zur Zeit gezahlt werden, wird es oft vorkommen, daß Mitglieder den Höchstbetrag erreichen. Wo dies der Fall ist, muß in dem Mitgliedsbuch unter die letzte Eintragung ein Strich gezogen und die Gesamtsumme hingeschrieben werden. Für diese Mitglieder beginnt ein neuer Unterstützungsanspruch erst wieder nach einem Jahre und nachdem weitere 52 Beiträge entrichtet sind.

Verloren gegangen und für ungültig erklärt ist das Mitgliedsbuch Nr. 52902, auf den Namen Bernhard Seidel lautend.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Ohne, daß im Organ vor Zugung gewarnt wird, sollte jeder Kollege, der seine Arbeitsstelle wechselt, bei der zuständigen Ortsverwaltung Erkundigungen über die Firmen einholen, die Arbeiter verlangen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bedingt, daß nicht in jedem einzelnen Falle die Sperrung der Betriebe durch das Organ erfolgen kann; abgesehen davon, daß auch sonst aus tatsächlichen Gründen die Veröffentlichung der Sperrliste nicht immer zweckmäßig ist. Wer vor Schaden bei Arbeitswechsel gesichert sein will, ziehe deshalb die Ortsverwaltung zu Rate.

Zur geplanten Aussperrung in der Metallindustrie von Mannheim und Umgegend. Volle zwei Tage nahm die Einigungs-Verhandlung, die zwischen Vertretern des Metallindustriellen-Bundes einerseits und denen des sog. Metallarbeiterverbandes und der Hirsch-Duncker andererseits unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Martin stattfand, in Anspruch. Der Länge der Verhandlung entsprach das Resultat jedoch keineswegs. Die Arbeitervertreter mußten auf jegliche Zugeständnisse bezügl. der Lohnfrage verzichten, um zu einer Einigung zu gelangen. „Wie man in den Wald hinein schreit, so hallt es heraus.“ Die Wahrheit dieses Sprichwortes tritt uns im gegenwärtigen Kampf besonders

klar vor Augen. Mit denselben Waffen, mit denen die sog. Gewerkschaften — im Dienste der Partei — gegen die Unternehmer angeknüpft haben, bekämpfen heute die Unternehmer die Arbeiter und ihre Organisation. Daß in diesem Klassenkampf der Unternehmer gegen die Arbeiter, in der gegenwärtigen Krise, die ersteren als die wirtschaftlich Stärkeren den Sieg davontragen, leuchtet endlich auch den sog. Gewerkschaftsführern ein. Doch die Geister, die man rief, sie wird man nimmer los. Die Früchte sog. Erziehungskunst kommen zur Reife. Statt im entscheidenden Moment, wo jeder weitere Kampf zum Schaden der Arbeiter auswächst, die Vorschläge der Führer, die Arbeit wieder aufzunehmen, zu akzeptieren, lehnten die Arbeiter der Strebelwerke fast einstimmig die gemachten Vorschläge ab. So erfolgte nun, was angebroht war: die Kündigung aller Arbeiter in der Metallindustrie. Der Kampf trat also in ein neues Stadium. Auf der einen Seite die Scharfmacher, die um jeden Preis die Arbeiter-Organisationen niederringen möchten, auf der andern Seite als treibende Kraft die Anarcho-Sozialisten, die in unverantwortlicher und frivoler Weise die Arbeiter gleichzeitig gegen die Arbeitgeber und die eigenen Führer hegen. Die Metallindustriellen lassen es leicht auf eine Kraftprobe ankommen. Hat man doch schon im letzten Jahre einen industriellen Arbeitsnachweis — als Folge der Monopolbestrebungen sog. Verbände — eingeführt, der eine für die Arbeiterchaft geradezu schauerhafte Lätigkeit entwickelt. Vor Beginn der Aussperrungsströmungen begann die Propaganda für den „Vaterländischen Arbeiterverein“, für den eigens am Orte ein Sekretär angestellt ist. Jetzt, nachdem die Kündigung erfolgte, machen mehrere Unternehmer durch Anschlag bekannt, daß die indifferenten Arbeiter von ihrem bisherigen Arbeitgeber unterstützt werden und zwar Verheiratete bis zu 20 Mk. pro Woche und ledige bis zu 12 Mk. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften durch diese Maßnahmen eine schwere Niederlage erleiden müßten und in ihrer Aktionsfähigkeit auf Jahre hinaus lahmgelegt würden. Die Arbeiter in ihrer Gesamtheit aber hätten den größten Schaden, indem sie als wehrloses Objekt der Beutegier der Unternehmer preisgegeben wären. Trotz all dieser bitteren Tatsachen darf bei der grenzenlosen Verblendung der streikenden Strebelwerk-Arbeiter nicht erwartet werden, daß die Bemühn die Oberhand gewinnt und die Aussperrung, soweit es an jenen liegt, vermieden wird. So werden also Tatsachen die allgemeine Arbeiterchaft lehren müssen, was Bemühnstrüben bei den Streikenden nicht vermochten. Mögen die Arbeiter, insbesondere die christlichen, aus diesem Kampf — mag er ausfallen, wie er will — die richtigen Konsequenzen ziehen. Nicht daß wir feige und mutlos die Flinte ins Korn werfen, sondern jetzt erst recht muß der Ruf: „Haltet aus“, auch bei uns beherzigt werden, wie dies im Bunde der technischen Beamten in Bayern nach dem Geheimverlaß der Metallgewaltigen geschehen ist. Die christliche Idee, die auf den unveränderlichen Grundsätzen des Rechts und der Sittlichkeit aufgebaut ist, wird auf alle Fälle durch diesen Kampf glänzend gerechtfertigt werden und dürfte auch gerade durch den gegenwärtigen Kampf eine Klärung der Geister nicht zu Ungunsten der christl. Gewerkschaften herbeigeführt werden.

Die oben geschilderte Bewegung hat am 23. d. Mts. eine Wendung genommen, eine Wendung, wie sie blamabler für die streikenden Arbeiter des Strebelwerks kaum gedacht werden kann. Nachdem den Streikenden nochmals in einer Versammlung die Nutzlosigkeit die Weiterstreikens zu Gemüte geführt wurde und bei der darauffolgende Abstimmung eine noch größere Zahl als das vorige Mal für das Weiterführen des Kampfes stimmten, erklärte der Vertreter des Zentralvor-

welche lieber ein paar Glas Bier trinken wollen, anstatt Beitrag zahlen zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes. „Ein Königreich für ein Glas Bier.“ Ja, ja, dem Alkoholkeusel huldigen, das geht schon leichter, als sich mit ernstem Standesfragen beschäftigen. Ob auch hier ein Gefühl der Befriedigung ausgelöst wird, wenn das Geld „auf diese Weise“ angelegt ist? Einige sind zu alt, andere wieder zu jung. Trotzdem, an einzelnen Orten durch die Organisation schon bedeutende Lohnerhöhungen erzielt und andere Verbesserungen eingeführt worden sind, kann ein Teil immer noch nicht herausklagen, daß sich der Beitrag glänzend rentieren muß, wenn man nur will. Diesen ist der Beitrag zu hoch. Zu begrüßen ist es, daß viele Arbeiterinnen einen Dienst in der Stadt annehmen wollen, um die Hausgeschäfte zu erlernen. Aber es vergehen oft Monate, ja Jahre, bis sie eine passende Stelle gefunden haben. Nachher wollen sie sich verheiraten. Sind dann einige Kinder da, dann reicht der Verdienst des Mannes nicht mehr und sie müssen erst recht in die Fabrik und die Kinder sich selbst überlassen. Hätten sie sich alle rechtzeitig organisiert, wäre es vielleicht möglich gewesen, die Lohnverhältnisse so zu gestalten, daß der Verdienst des Mannes ausgereicht hätte. An der Organisation und ihrer Leitung gibt es auch zu kritisieren und zu nörgeln. Da ist ein Fehler gemacht worden, dort gibt es etwas zu beanstanden, Grund genug zum Austritt. Alles das sieht man, nur den größten Fehler, den man selbst mit dem Austritt begeht und damit die Aktionskraft der Organisation unterbindet, den will man nicht als solchen anerkennen. Hat ein einzelner Arbeiter mal eine Reklamation beim Meister oder auf dem Bureau vorzubringen, dann taugt der Arbeiterausschuß und die ganze Organisation nichts. Wozu sind denn diese da, wenn man selbst bei bedauerlichen Anlässen vor die Front treten muß? Die guten Leute sehen nicht ein, daß Kleinigkeiten, welche den einzelnen Arbeiter angehen, auch ganz gut von diesem geregelt werden können und nicht vor das Forum der gesamten Arbeiterchaft gehören. — Am meisten Schwierigkeiten machen wohl jene Arbeiter, welche neben der Fabrikarbeit noch Landwirtschaft betreiben. Das ist so ungeheuer das Stimmungsbild, welches durch die Mitglieder der Agitationskommission aus dem Lager der Unorganisirten entrollt wurde. Jetzt gilt es, auch diese von der Hallfeste ihrer Ansichten zu überzeugen. Das soll geschehen durch ein zweites Flugblatt und durch die Volkspresse. Aufklärung und Schulung tut hier dringend not. Wenn dann eine zweite Hausagitation unternommen wird, so wird der größte Teil von diesen ebenfalls noch gewonnen werden.“

Wo sind die Zellen im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter, die sich das Beispiel der Textilarbeiter zum Muster nehmen?

Handes: des. sojd. Metallarbeiter-Verbandes den Streik für beendet. Gewiß war dies der einzig vernünftige Ausweg, der der Organisationsleitung noch verblieb. Die Streikenden jedoch, „aufgeklärt“ wie die „Genossen“ nun einmal sind, begnügten sich nicht mit langen Festschreibern, stellten vielmehr „Dank und Anerkennung“ ihren Führern ab. Mit „geistigen Waffen“, wie sie schlimmer gegen die Christlichen nicht benutzt werden, wurden dieselben angepöbelt und wie Missetäter auf dem Heimweg verfolgt. Die Metallindustriellen ihrerseits haben auf die Erklärung der Streikleitung hin in einer am 24. d. M. abgehaltenen Sitzung beschloffen, den Aussperrungsbeschluß aufzuheben und die erfolgten Kündigungen wieder zurückzuziehen. Damit wäre also ein folgenschwerer Kampf von der Arbeiterschaft abgewendet, dem vollständigen Bankrott des sojd. Klassenkampfes aber vollends die Krone aufgesetzt.

Differenzen bei der Firma Höings in Pippstadt. Die Lohnabzüge bei der Firma Höings, Bürstenfabrik, über die schon in vorletzter Nummer berichtet wurde, gaben Veranlassung zu einer am Sonntag den 20. Dezbr. stattgefundenen öffentlichen Volksversammlung. In derselben referierte Kollege Böhmcke in Hannover zunächst über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage im allgemeinen und die Verhältnisse am Orte. Ausgehend von den Ursachen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise wies der Referent treffend nach, wie der Arbeiterstand durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß die Schäden der Krise mildern könne. Wo die Arbeiter gut organisiert sind und bei Arbeitslosigkeit im Verbands einen Rückhalt durch die Unterstützung finden, werden diese nicht zum Lohnrücker der übrigen Kollegen. Auch durch die Tarifabschlüsse sind die Kollegen vor Lohnreduzierungen geschützt. Leider fehle in Pippstadt noch bei so vielen Kollegen das Zusammengehörigkeitsgefühl und damit das Standesbewußtsein. Nur so sei es zu erklären, daß manche Unternehmer die gegenwärtige Zeit benutzen, um ihren Arbeitern den Lohn noch weiter zu kürzen. Neben den Lohnreduzierungen seitens der Firma Höings scheinen auch die hygienischen Einrichtungen des Betriebes vieles zu wünschen übrig zu lassen. Nach den gesetzlichen Vorschriften sollen in den Bürstenfabriken besondere Räume zur Desinfektion der Borsten wegen der Milzbrandgefahr vorhanden sein; bei Höings scheint man diese Vorschriften nicht zu kennen. Jedenfalls aus Angst vor der Gewerbeinspektion ließ die Firma am 21. und 22. Dezember die Arbeiter aussetzen, um den Betrieb zu reinigen und instand zu setzen. Um die misliebigen Arbeiter los zu werden, hat die Firma obendrein zwei Ausschußmitglieder noch gekündigt. Zum Schluß nahm die von über 300 Personen besuchte Versammlung nachstehende Resolution an:

„Die am 20. Dezember im Saale des Herrn Hesse überaus stark besuchte Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von den Lohnreduzierungen der Firma Höings, Bürstenfabrik. Die Versammlung erwartet von der Firma, daß sie ihre Maßnahmen gegen die Arbeiter rückgängig macht und nicht durch Lohnreduzierungen die Kaufkraft des Arbeiterstandes noch weiter schwächt. In der Erkenntnis, daß nur durch eine starke, geschlossene Organisation die Arbeiter instand sind, derartige Maßnahmen der Unternehmer hintenan zu halten, verspricht die Versammlung für die Erhaltung der Gewerkschaften Sorge zu tragen.“

Berichte aus den Zahlstellen.

Essen. Die Kollegen des hiesigen Bezirks haben sehr unter der gegenwärtigen Krise zu leiden. Arbeitslosigkeit ist in zahlreichen Fällen zu verzeichnen. Aller Voraussicht nach werden sich aber die Verhältnisse im neuen Jahre noch mehr zu Ungunsten der Kollegen wenden. In den meisten hiesigen Werkstätten sind die Bänke nicht alle besetzt. Ob dieses Umstandes ist manchem Arbeitgeber der Ramm ganz mächtig geschwollen und glauben einzelne die Zeit für gekommen zu erachten, speziell in der Festsetzung des Lohnes und der Arbeitszeit nach eigenem Ermessen vorgehen zu können; denn nach Ansicht einzelner Schreinermeister besteht für Essen kein Tarif mehr. Wir sind hierin allerdings anderer Ansicht und zwar befinden wir uns hierbei in ganz guter Gesellschaft. Nach einer Äußerung des Herrn Obermeisters der Schreinerzunftorganisation ist auch dieser der Ansicht, daß der in Leipzig gefällte Schiedsspruch von den Mitgliedern des Schiedsverbandes anzuerkennen sei, resp. zu Recht besteht. Warum die Unterzeichnung des Vertrages noch nicht getätigt worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Der Zweck der Nichtunterzeichnung ist allerdings ziemlich durchsichtig. Man erkennt offiziell den Leipziger Schiedsspruch als zu Recht bestehend an, dagegen reden sich die einzelnen Arbeitgeber bei vortommenden Differenzen damit heraus: „Wir haben keinen Vertrag unterzeichnet, der alle ist abgelaufen, also stören wir uns auch nicht daran.“ Ist es doch vorgekommen, daß ein Schreinermeister einem verheirateten, mindestens vierzigjährigen Gesellen, der sonst den tariflichen Höchsthohn verdient hat, sage und schreibe 30—35 Pfg. geboten hat. Der Kollege hat es allerdings abgelehnt, für diesen Lohn zu arbeiten. Wenn es interessierten Kreisen erwünscht ist, sind wir selbstverständlich bereit, auch Namen zu nennen. Die Arbeitgeber sollten doch den Bogen nicht gar zu straff spannen, er könnte sonst noch brechen. Sie sollten ferner den ewig wahren Satz nicht vergessen: „Nach dieser Zeit kommt auch wieder eine andere.“ — Da ist es auch die Firma Gawig mit der an dieser Stelle zu besprechen wir uns einmal genötigt sehen. Wir würden viel lieber den Weg der persönlichen Verhandlung wählen, jedoch ist das bei genannter Firma ausgeschlossen. Wenn nämlich bei dieser Firma die Organisationsvertreter es versuchen, mal vorstellig zu werden, so werden dieselben, noch ehe die eigentlichen Wünsche der Arbeiter auch nur in der bescheidensten Form vorgebracht werden können, im schärfsten Kasernenstöße angefahren, mit der Bemerkung: „Ich mach das mit meinen Leuten selber ab.“ Es ist den Kollegen nun ziemlich gleichgültig, wer die Abschaffung von Mißständen und die Ausgleichung von vorkommenden Differenzen veranlaßt. Aber die Erfahrung lehrt dann auch, daß derjenige Kollege, der es wagt, irgendwelche Beschwerden oder Wünsche der Mitarbeiter vorzutragen, sich über kurz oder lang die Hude von außen besehen kann. 2 Kollegen haben dierhalb im Laufe des Sommers schon die Entlassung erhalten und einem dritten verheirateten glaubte man einen besonderen Hieb versetzen zu können, indem man denselben vierzehn Tage vor Weihnachten hin ins Gefängnis beförderte. Zu bemerken ist, daß alle drei Kollegen sich nicht das Geringste bei der Arbeitsleistung haben zu schulden kommen lassen. Der Grund zur Entlassung des letzten Kollegen soll nach Angabe des Meisters darin bestehen, daß der Kollege den Unternehmer gelegentlich einer Be-

gegnung in einem Restaurant nicht gegrüßt hat. Dabei steht aber fest, daß der Kollege denselben gar nicht bemerkt hat. Wenn Herr S. glaubt, mit einem solchen Vorgehen sich Respekt vor seinem Meister verschaffen zu können, so dürfte er sich gar bald enttäuscht sehen. Uebrigens ist der angebliche Grund auch so durchsichtig, daß Herr S. wohl selber nicht dran glaubt. Unserer Ansicht nach war der Kollege schon lange dafür auserselben, um denselben die Entlassung aber desto fühlbarer zu machen, hat man diese Zeit dafür ausgewählt. Der Kollege hat sich weiter gar nichts zu Schulden kommen lassen, als seine und seiner Mitarbeiter Interessen zu gegebener Zeit energisch zu vertreten. Das nun des halb gerade Herr S., der nebenbei bemerkt, in mehreren Besuchen in Rüttenscheid eine hervorragende Stellung einnimmt, so mit seinen Arbeitern verfährt, wißt gerade kein besonders günstiges Licht auf ihn. Nicht die Mitglieds- oder Ehrenmitgliedschaft irgend eines Arbeiter- oder sonstigen Vereins genügt, um als arbeiterfreundlich zu erscheinen, sondern vielmehr die uneingeschränkte Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes.

M.-Gladbach. „Statt daß nach besserer Zeit ihr schreit, macht selber euch die bessere Zeit.“ — Diese Worte scheinen sich die Gladbacher Kollegen sehr zu Herzen genommen zu haben. Das zeigt die rege Anteilnahme am gewerkschaftlichen Leben, besonders auch innerhalb unserer Zahlstelle. Nicht zuletzt ist der Vorstand der Zahlstelle darauf bedacht, die Versammlungen immer mehr interessanter zu machen durch gebiegene und zeitgemäße Referate. So fand am 29. Nov. im Versammlungsorte eine äußerst gut besuchte Versammlung statt, in welcher Kollege Simons (Expedient der Westf. Arbeiter-Zeitung) über die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes referierte. Er vertrat in einem 1 1/2 stündigen Referate das Streben des Arbeiterstandes nach Gleichberechtigung klarzulegen und führte dabei die verschiedensten Gründe an, die dazu angetan sind, die Einreihung des Arbeiterstandes in die heutige Gesellschaftsordnung als unumgänglich notwendig zu bezeichnen. Der reiche Beifall, den die Anwesenden dem Redner schenkten, zeigte, daß er allen aus dem Herzen gesprochen. Eine weitere Versammlung fand am 13. Dezbr. statt, welche noch einen weit größeren Besuch aufzuweisen hatte als die vorhergehende. Nach der Eröffnung derselben erstattete Kollege Woff Bericht über den Bezirksdelegiertentag in Krefeld. Aus seinen Ausführungen herauszuheben ist besonders, wie für den kommenden Winter die Agitation unter den Holzarbeitern zu betreiben ist. Weiter drückte er den Wunsch aus, daß die Führungsnahme mit den andern christlich organisierten Kollegen eine bessere sein möge und daß die Kollegen auch die Versammlungen anderer Berufe besuchen müßten. An diese Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion an, aus der mancher gute Gedanke und Winke für Agitation gegeben wurden. Es wurde beschloffen, am Sonntag, den 27. Dezbr., abends 6 Uhr, eine Versammlung mit Frauen abzuhalten, in welcher neben Kollegen Jozos noch zwei Referentinnen sprechen werden. Unter „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende einen kleinen Situationsbericht der hiesigen Zahlstelle. Nach demselben sind in den letzten zwei Monaten über 30 Neuaufnahmen zu verzeichnen, was an erster Stelle der intensiven Arbeit der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner, dann aber auch der ausdauernden Werbetätigkeit aller anderen Mitglieder zu verdanken ist. Mögen nun endlich auch mal die der Organisation fernstehenden Kollegen die Notwendigkeit der Organisation erkennen; mögen sie sich immer mehr bemüht werden, doch nur mit Hilfe der Gewerkschaft für sie ein menschenwürdiges Dasein geschaffen werden kann. Und notwendig ist es, daß es auch hier in M.-Glabdach endlich mal Frühling werden muß für die Schreinergesellen. Darum:

„Rastlos mußt Du vorwärts streben,
Nie ermidet stille steh'n
Wißt Du die Vollendung seh'n“.

Trier. Bei der Gewerbegerichtswahl in Trier erhielten die Kandidaten der „Berliner“ 667, die der „Freien“ 380, die der christl. Gewerkschaften 225 Stimmen. Gewählt sind somit die Berliner. Ein Verhältnis der Stärke der verschiedenen Organisationen bietet das Resultat aber nicht! Die Bauhandwerker sind in Trier durchweg christliche Gewerkschaftler. Da für sie aber ein Zunungsschiedsgericht besteht, konnten dieselben nicht mitwählen. Wenigstens 300 Stimmen fielen für uns dadurch weg! Weiter: Bei den früheren Wahlen wählten auch die Handwerker und Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte mit. Dieselben stehen heute durchweg auf dem Boden der christl. Gewerkschaften, wie ja auch von einer von 400 Eisenbahnern besuchten Versammlung einstimmig beschloffen wurde, dem neuen christl. Zentralverband der Eisenbahner beizutreten. Merkwürdigerweise wurden in Trier und Stryang die Eisenbahner auf die Wählerliste gesetzt und konnten auch mitwählen. In Konz-Karthaus jedoch, wo die Werkstätte steht, wurden sie trotz Protest nicht in die Liste eingetragen. Auch von den übrigen Arbeitern standen kaum 1/4 in der Wählerliste, trotzdem 100te schon nachgetragen waren. Von uns und auch von den „Genossen“ ist gegen die Wahl Einspruch erhoben worden. — Im allgemeinen Interesse ist es nötig, auf die Ursachen zuzukommen, wodurch die christliche Arbeiterkraft unter sich zerstückelt den Wahlkampf führte. Nach dem Obengesagten ist sicher, daß die christl. Gewerkschaften heute eine Verbreitung in „Berliner-Trier“ gefunden haben, womit wir zufrieden sein können. Bei der letzten Wahl (1906) und vorher stellte der „Ausschuß der christl. Arbeiter“ die Kandidaten gemeinsam auf. 1906 waren 4 Kandidaten zu wählen und waren die „Berliner“ so „anständig“, auch 4 der ihren als Kandidaten aufzustellen und die starke Minorität der christl. Gewerkschaften einfach niederzustimmen. Trotzdem man uns keinen Kandidaten überließ, gingen wir gemeinsam mit vor. Sonderbarer Weise war in diesem Jahre, wo wir ziemlich die gleiche Stimmenzahl wie „Sitz Berlin“ im Ausschusse erlangt hätten, der Ausschuß nicht mehr am Leben. (Vorherrscher war P. Kol.) Dennoch hielten wir mit „Sitz Berlin“ gemeinsame Wahlsitzungen zur Aufstellung der Kandidaten ab. Wir erklärten: „Nachdem bei der letzten Wahl die Kandidaten des Arbeitervereins gewählt wurden, ist es recht und billig, daß dieses Mal die Mehrheit der Kandidaten uns zukommt; später können wir dann teilen.“ „Berliner“ aber stand uns nur zwei Kandidaten zu. Fragen des „Rechts und der Moral“, wie sie immer sagen. Am Schlusse der ersten Sitzung erklärten unsere Vertreter, wir müßten wenigstens eine Entschädigung erhalten dafür, daß man uns 1906 ganz ausschaltete. Dizejanpräses Stein sagte darauf: „Nach diesem Vorschlage ist eine Einigung möglich“ und die Sitzung wurde vertagt. Wir hatten nun einen städt. Arbeiter aufgestellt — die Berliner lehnten ab. Selbst den als Beisitzer ausgedienten „Christlichen“ erklarte man nicht mehr an, trotzdem Arbeitersekretär Seimez in der 1. Sitzung erklärte: Ich habe vor diesem Beisitzer allen Respekt und kann nichts gegen dessen Wiederwahl vorbringen. Eine Einigung konnte somit nicht zustande kommen, wollten die christl. Gewerkschaften nicht die Achtung vor sich selbst verlieren. Bevor die letzte gemeinsame Sitzung stattfand, gab „Sitz Berlin“ bereits Wahlflugblätter heraus, wonach die Wahl „zur Ehre

der kath. Arbeitervereine“ vollführt werden solle. Das folgende war, daß der bekannte Richter-Berlin, der nie in einer gemeinsamen Sitzung anwesend war, als Berichterstatter über die Verhandlungen auftrat. Faustdicke Unwahrheiten kamen zum Vorschein und trotzdem dieselben öffentlich als solche hingestellt wurden, erschienen sie im „Arbeiter“ (27. Dez.) wiederum. Die dicksten Lügen und Verdrehungen seien hier gekennzeichnet: 1. Unwahr ist, daß die christl. Gewerkschaftsleitung etwas über die Wahl und die Verhandlungen in die Presse brachte. 2. Unwahr ist, daß man uns die zwei Kandidaten überließ; unser Ausschreibenden erkannte man nicht wieder an. 3. Unwahr ist, daß wir alle 4 Kandidaten für die christl. Gewerkschaften beanspruchten. 4. Unwahr ist, daß wir die Namen nicht preisgeben wollten von unseren Kandidaten. Kein Mensch hat danach überhaupt gefragt. Es kennzeichnet so recht das System der Berliner, daß man sich vor der Wahl als christl. national ausgab, um Gimpelgang zu betreiben. Arm in Arm mit den Genossen suchte man unsere Versammlungen zu sprengen. Gemeinsam wurden Lügen und Verleumdungen kolportiert z. B.: die christlichen Gewerkschaften haben erst mit den Notend Verhandlungen gesucht usw. Am Tage der Wahl erschien „Sitz Berlin“ mit zwei Sorten Stimmzettel; die letzten hatten genau das Format und den großen Druck unserer Zettel. Es hat sich gezeigt hier wie anderwärts: Bruch und gegen die bösen Christlichen, dann kann man sogar mit den „Genossen“ paktieren, dann darf man auch schwärzen, daß es zum Himmel schreit. Die Arbeiterschaft von Trier wird es zeigen, daß sie Charaktere als Führer verlangt, nicht aber Elemente, die bei Lohnbewegungen stets Unternehmerrdienste verrichten und Streikbrecher vermitteln und die bei Wahlen mit den Sozialdemokraten Hand in Hand jede Arbeitervertretung, die praktisches geleistet hat und noch leisten will Lügen und Verleumdungen niederknuppeln will. Der Tag der Vergeltung wird schon kommen.

Krankengeldzuschusskasse.

Vom 1. Januar ab werden die neuen Beitragsmarken in Gebrauch genommen: Für die 1. Klasse beträgt der Beitrag 20 Pfg., für die 2. Klasse 30 Pfg. und für die 3. Klasse 45 Pfg.

Mit der Abrechnung für das 4. Quartal müssen die alten Marken eingelebt werden, gleichviel ob noch rückständige Beiträge vorhanden sind oder nicht. Im Interesse der Mitgliedschaft liegt es daher, die rückständigen Beiträge bis zum Jahreschluß zu begleichen.

Das Krankengeld wird bis zum 1. April 1909 nach der alten Sägen des Statuts gezahlt.

Vom 1. April 1909 an beträgt das Krankengeld in der I. Klasse 75 Pfg. pro Tag oder 5,25 Mk. pro Woche. II. Klasse 1,10 Mk. pro Tag oder 7,70 Mk. pro Woche. III. Klasse 1,65 Mk. pro Tag oder 11,55 Mk. pro Woche.

Das Ausstellen neuer Mitgliedsbücher an Stelle von geklebten oder verloren gegangener besorgen die Kassierer der Verwaltungsstellen. Für diese Ersatzbücher ist eine Gebühr von 25 Pfg. zu zahlen (§ 4 des Statuts). Wenn Mitgliedsbücher bei den Verwaltungsstellen nicht vorhanden sind, sollen Karten ausgestellt werden. Für diese ist eine Gebühr von 10 Pfg. zu entrichten.

Ein Neudruck der Mitgliedsbücher kann aus bestimmten Gründen einstweilen nicht erfolgen. Es sind deshalb vorläufig die Mitgliedskarten zu verwenden.

Um einen genauen Rechnungsabschluss am Jahreschluß zu ermöglichen, dürfen bei der Abrechnung keinerlei Salden verbleiben. Es ist also unter allen Umständen der sich aus der Abrechnung ergebende Betrag an die Hauptkasse einzufenden.

Sollte in einzelnen Verwaltungsstellen der vorhandene Geldbestand zur Auszahlung des Krankengeldes für das 4. Quartal nicht reichen, so ist noch vor dem 1. Januar Zuschuß zu verlangen und mit auf die Abrechnung zu setzen. Zucl. Je, welche nach dem 1. Januar von der Hauptkasse abgeholt werden dürfen erst im 1. Quartal 1909 verrechnet werden. Sämtliche werden die örtlichen Kassierer dafür sorgen, daß eine genaue Abrechnung am Schluß des Jahres, und damit eine genaue Uebericht über die Tätigkeit der Kasse möglich ist.

Alle Marken, welche noch nach dem Ausgeben der Abrechnungen von den Verwaltungsstellen bezogen wurden, sind ebenfalls im 4. Quartal mit zu verrechnen.

Die Einzelmitglieder mögen vor Jahreschluß die etwa noch rückständigen Beiträge einfinden. Ebenso sind die Bücher von Jahreschluß einzufenden zum Abstemeln. Bezüglich Ausstellung neuer Mitgliedsbücher gilt auch für die Einzelmitglieder das oben Gesagte.

Gewerkschaftliches.

Neujahrs-Glückwünsche. Zum Kapitel Neujahrs-Glückwünsche, bringt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Nr. 25. folgende Zuschrift:

„Sparjamkeit wird gegenwärtig allenthalben angeraten, selbst der Reichskanzler hat diese Bürger-tugend kürzlich einer nachdrücklichen Beachtung empfohlen. Sparjamkeit ist in der Gewerkschaftsbewegung eigentlich etwas selbstverständliches; sie wird auch durchweg geübt, soweit unsere christliche Richtung in Betracht kommt. Und dennoch könnte hier und da noch mehr gespart werden, vor allem in manchen persönlichen Ausgaben. So hat sich in unserer Bewegung allmählich auch der gegenseitige Austausch von Neujahrs-glückwünschen eingebürgert, sowohl in den Beamten- wie sonstigen Freundeskreisen. W. E. ist das zwar ein Akt der Höflichkeit und Kameradschaft, aber noch mehr eine überflüssige Zeit- und Geldverwendung. Es ist selbstverständlich, daß sich alle persönlich befreundeten und durch unsere Bewegung geistig verbundenen Kollegen die herzlichsten Glückwünsche zum Jahreswechsel darbringen, das braucht nicht extra durch eine mehr oder weniger geschmackvolle Karte zum Ausdruck gebracht zu werden. Die diesbezüglichen Glückwünsche in unseren Gewerkschaftsorganen genügen hier vollständig.“

Für manchen Kollegen in exponierter Stellung ist die Sache schon zu einer bedenklichen Last geworden. Mit der Ausbreitung unserer Bewegung wächst natürlich auch der Bekanntheit- und Freundeskreis. Man will dann schließlich keinen ausschließen, fürchtet auch böses Blut zu machen, und so nimmt die Zahl der zu Glückwünschenden einen bedenklichen Umfang an. Wir sind Gewerkschaftsbeamte bekannt, die jedem Beamten ihres Verbandes, den an der Spitze des Gesamtverbandes stehenden, sowie sonstigen befreundeten Kollegen, dazu aber auch noch jedem Ortsgruppen-

Wesentlichen ihres Bereichs dem Schwere darzubringen sich verpflichtet fühlen. Abgesehen von der dadurch in Anspruch genommenen Zeit könnte das Geld viel nutzbringender im Interesse unserer Sache angewendet werden.

Was diesen Grundes möchte ich folgenden Vorschlag zur Güte machen: In Zukunft unterbleibt diese Art der Bekämpfung im Bereich unserer Bewegung vollständig, wenigstens soll kein Kollege in der Unterlassung eine Zurücksetzung oder Benachteiligung erliden. Das wäre sonst ausgegebene Geld wird der Agitationskassette des Verbandes oder zu einem sonstigen gemeinnützigen Zweck (Wahlsond für soziale Wahlen, für Arbeitslose und dergleichen) überwiesen. Damit haben wir unserer Sache besser gedient wie mit einer spärlichen Kostel, die wir Arbeiter den „besseren Ständen“ eigentlich gar nicht hätten nachahmen sollen. Erfolgt gegen meinen Vorschlag kein Widerspruch, so darf er als „einmütig angenommen“ gelten. z. B.

Den sehr vernünftigen Ausführungen kann man nur voll und ganz zustimmen. Die Kollegen an der Geschäftsstelle des Verbandes werden sich danach richten.

Der Sieg von Schreghheim. Unter dieser Stichmarke durchläuft die rote Presse noch immer eine Notiz, die sich mit dem heendeten Kampfe der christlich-organisierten Textilarbeiter der Bindfadenfabrik zu Schreghheim bei Dillingen (Bayern) beschäftigt. Mit der Notiz soll erzielt werden, den christlichen Textilarbeiterverband, ob der nach Lage der Dinge erzielten geringen Erfolge, lächerlich zu machen. Ob durch das Hässlichmachen das gewünschte Resultat erreicht wird, ist sehr zu bezweifeln, da die denkende Arbeiterschaft sich über den „Sieg von Schreghheim“ schon das richtige Urteil bilden wird. In Wirklichkeit ist nämlich der Ausgang des Schreghheimer Kampfes für die „Genossen“ immer ein Sieg, von dessen Ruhm sie noch lange zehren werden. Nicht etwa, daß die sozialdemokratische Organisation sich an die Seite der christlich-organisierten Arbeiter gestellt und Schulter an Schulter mit dieser den Kampf gegen die Koalitionsfeindschaft geführt hätte; nein, die Führer der sozialdemokratischen Organisation haben alles getan, um durch eine wüste Heze den christlichen Arbeitern einen Erfolg zu vereiteln. Und im Betriebe, — man höre — da fochten nicht weniger wie 36 sozialdemokratisch organisierte Streikbrecher mit wahrer Besessenheit zugunsten der Firma, die der christlichen Organisation den Ausgang machen wollte. Das verdient festgesetzt zu werden in anbetend sozialdemokratischer Wahrheitsvergewaltigung. Der „Sieg von Schreghheim“ ist so ein Sieg der sozialdemokratischen Textilarbeiter über Arbeiterkohärenz, Koalitionsfreiheit und gewerkschaftliche Grundzüge. Der Charakterlosigkeit und Niedertreue wurde vom sozialdemokratischen Arbeiterverband in Schreghheim eine Gasse gehauen. Diesen „Siegern“ die gebührende Achtung.

Soziale Rundschau.

„Sieg der nationalen Arbeit.“ Mit recht gemühten Gemüthen wurde vor kurzem in den Kreisen der in Betracht kommenden Unternehmer und Gewerbetreibenden die Nachricht aufgenommen, daß die deutsche Kronprinzessin ihre Kleider zu einem sehr hohen Preise bei einer französischen Firma herstellen läßt. Mit Recht wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es auch in Deutschland genug Firmen gibt, die inländische Kleider in der feinsten Anfertigung herstellen. Es wurde betont, daß es gerade jetzt in der Zeit großer Arbeitslosigkeit erwünscht sei, wenn derartige Aufträge nicht nach dem Ausland gegeben würden, namentlich, da das Reich der Kronprinzessin viele Frauen aus den oberen Kreisen Deutschlands veranlassen könnte, ihren Bedarf an Kleidern ebenfalls in Frankreich zu decken. Leider schreien über diese Hinweise der deutschen Geschäftswelt keinen Widerstand zu haben; denn es wird gemeldet, daß die Hofverwaltung des Kaisers wiederum zwei größere Aufträge an das Ausland gegeben hat. Diesmal handelt es sich nicht um Kleider der Kaiserin, sondern um Tischler- und Holzschliffarbeiter. Der eine Auftrag, die Beschaffung einer Mobilmachung für einen großen Saal im neuen Schloss in Posen, ging nach Norwegen und der andere Auftrag, die Herstellung einer geschmückten Renaissance-Sede für das Stadtschloß in Berlin, wurde nach Italien vergeben. Auch hier sind unsere Fabrikanten und Gewerbetreibenden (und mit ihnen wohl die Arbeiter) der Meinung, daß diese Aufträge ohne jedes Bedenken in Deutschland hergestellt werden könnten. Neben dem direkten Schaden, den die deutsche Industrie durch Vergabung solcher Aufträge an das Ausland erleidet, kommt noch in Betracht, daß die deutsche Industrie durch Vergabung solcher Aufträge ins Ausland auch nicht gefördert wird.

Die staatliche Arbeitslosenunterstützung in Dänemark. In Dänemark wurde im Jahre 1907 ein Gesetz angenommen, das eine Beihilfe bei der Unterstützung von Arbeitslosen in Aussicht stellte. Zum Unterschied von dem Geiter System der Arbeitslosenunterstützung, bei dem der Zuschuß von den Gemeinden geleistet wird, wird in Dänemark der größte Teil des Zuschusses vom Staate geleistet, doch bleibt es den Gemeinden überlassen, dem staatlichen Zuschuß noch einen besonderen Zuschuß beizufügen. Nach dem Gesetz erhalten in Dänemark alle Arbeitslosenaffen, so weit die Mitglieder mindestens 50 Prozent Lohnarbeiter sind, einen Zuschuß in Höhe von 1/2 der von den Mitgliedern der Klassen geleisteten Beiträge, außerdem kann die Gemeinde noch 1/2 bewilligen, so daß der Zuschuß insgesamt auf 3/4 ansteigt. Die Unterstützung kann gezahlt werden als Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, ebenso als Naturell- und Mietunterstützung. Die Aufnahme in eine Arbeitslosenkasse, die auf staatliche und kommunale Unterstützung Anspruch macht, darf keinem Berufsangehörigen verweigert werden, es haben also auch Nichtorganisierte Zutritt. Im ersten Berichtsjahre wurden 34 Klassen mit rund 7000 Mitglieder anerkannt. Da in der letzten Zeit noch einige Klassen hinzugekommen sind und da die Zahl der gewerblichen Arbeiter auf 200000 geschätzt wird, so ist bereits mehr als der dritte Teil der gewerblichen Arbeiter in Dänemark gegen Arbeitslosigkeit versichert. In 12 Klassen wurden auch Frauen gezählt, diese Frauen machten 7,6 Prozent der überhaupt gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen aus. Die Unterstützung soll jährlich mindestens 70 Tage ausmachen, nur bei der Klasse der Tagelöhner ist die Unterstützungsdauer auf 50 Tage herabgesetzt. Die Bezugszeit zwischen dem Beginn der Arbeitslosigkeit und dem Bezug von Unterstützung beträgt 6—7 Tage. An Unterstützungen sind in der ersten Berichtsperiode ausgegeben worden 216000 Kronen von den Arbeitslosenkassen und 150000 Kronen vom Staate. Für die nächste Zeit wird mit wesentlich höheren Ausgaben gerechnet und für das nächste Jahr ist bereits die Summe von 400000 Kronen im Staatshaushalt eingelegt worden.

Arbeiterinnenfrage und Sozialdemokratie. Für die neue Novelle zur Gewerbeordnung haben im Gegensatz zu ihrem früher geübten Alles-oder-Nichts-Handpunkt diesmal auch im Reichstage die Sozialdemokraten gestimmt. Obwohl darin schon indirekt eine Anerkennung des durch die Novelle geschaffenen wesentlichen Fortschritts liegt, glaubt die soziale Presse nicht umhin zu können, die Neuregelung der Frauenarbeit als geringfügig, ja fast wertlos hinzustellen. Dann hält mit Recht die „Soziale Praxis“ (Nr. 12) in einer Besprechung der Novelle entgegen, daß eine solche Auffassung doch allzusehr den Tatsachen widerspreche. Man vergegenwärtige sich, daß von den 1,3 Millionen Arbeiterinnen, die 1907 in Fabriken und ähnlichen Anlagen tätig waren, etwa noch 1/4, gegen 300000, eine längere als 10stündige Arbeitszeit haben dürfte. Wenn diesen nun die Wohltat einer Arbeitszeuerminderung und den anderen Arbeiterinnen, die jetzt schon günstiger gestellt sind, eine gesetzliche Sicherung gegen jede Erhöhung der Dauer ihrer Beschäftigung über 10 Stunden hinaus geschaffen wird, so liegt darin gewiß wohl ein Fortschritt, der hoch anzuschlagen ist. Bisher war ferner das Maximum wöchentlich 65 Stunden, häufig beträgt es 58 Stunden, 10 Stunden an den ersten fünf Wochentagen, 8 an den Sonnabenden. Das ist wahrlich kein geringer Fortschritt! Das genannte Zentralblatt für Sozialpolitik erinnert passend daran, daß gerade jetzt vor fünf Jahren in Krimmischau laufende von Arbeiterinnen um den Beschäftigungstag kämpften und dem jahen Widerstande der Arbeitgeber, denen die gesamte in Zentralverbände deutscher Industrieller organisierte Unternehmerchaft den Rücken stärkte, unterlagen. Und jetzt bringt die Gesetzgebung selbst den Preis, um den man vor wenigen Jahren in heißem, bitterem Streit vergeblich gerungen hat, den Arbeiterinnen entgegen. Das soll nun auf einmal nichts zu bedeuten haben?! Die sozialdemokratische Behauptung entsappt sich aber eine so recht erst als künstliche Rede, wenn man sich der Fälle erinnert, wo schon eine 2—3stündige Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit, die in schwerem Kampfe oder in Tarifverträgen errungen worden ist, von sozialdemokratischen Führern als große Siege gepriesen worden sind. Aus allem gewinnt man fast den Eindruck, als ob diese nachherige Herunterreißung der Novelle nur dazu dienen soll, die durch die Zustimmung zu derselben begangenen Verjüngung am „Alles-oder-Nichts-Prinzip“ zu verhüllen!

Aus dem gewerblichen Leben.

Die Waggonfabrikation ist ein einträgliches Geschäft für die Fabrikanten der Waggonfabriken. Dividenden von unter 16% sind hier fast gänzlich unbekannt. Von einer schlechten

Wage dieses Industriezweiges, kann daher kaum bis Rede sein.

So war die Waggonfabrik A. G. vorm. P. Herbrand & Co. zu Köln-Ehrenfeld nach dem Geschäftsberichte im letzten Geschäftsjahre flott beschäftigt und erzielte einen Umsatz von Mk. 8 695 410 (gegen Mk. 7 721 129 im Vorjahre); in dieser Summe waren Mk. 8 550 516 für 1678 verschiedene Fahrzeuge für Staats- und Privatbahnen enthalten. Der dabei erzielte Rohgewinn beläuft sich, nach Abzug aller Geschäftsauskosten, auf Mk. 540 596 (im Vorjahre Mk. 827 445); die Abschreibungen sind mit Mk. 1 410 59 (Mk. 1 404 13) vorgelesen, so daß zuzüglich des Vortrags von Mk. 60 254 (Mk. 30 952) Mk. 759 791 (Mk. 717 954) Reingewinn zur Verfügung stehen, deren Verwendung in nachstehender Weise empfohlen wird: 15% Dividende ist Mk. 450 000 (wie im Vorjahre), Gewinnanteile für den Aufsichtsrat Mk. 49 954 (Mk. 47 700), zur Erneuerungsrechnung Mk. 50 000 (Mk. 60 000), zum Verfügungsbestand Mk. 10 000 (Mk. 30 000), zur Defizitrechnung Mk. 20 000 (Mk. 10 000), zum Beamten-Unterstützungsbestand Mk. 40 000 (Mk. 40 000), zum Arbeiter-Unterstützungsbestand Mk. 40 000 (Mk. 30 000), Vortrag auf neue Rechnung Mk. 99 837. Der Neubau der Schreinerei, sowie die neue Bedienung und neue Einrichtung der Schmiede sind vollendet und abgerechnet worden. Sodann wurden eine neue Kondensationsanlage, sowie eine Anzahl neuer Arbeitsmaschinen beschafft. Die Zweigfabrik Naarweg mußte zur Bewältigung der erhöhten Herstellung wieder mitherangezogen werden. — Für das laufende Geschäftsjahr legt der Vorstand nicht die besten Hoffnungen. Er erklärt nämlich: Wenn auch das Werk vorläufig noch in befriedigendem Maße mit Aufträgen versehen ist, so muß doch mit Rücksicht auf die nicht unerhebliche Verminderung der Bestellungen seitens der preussischen Staatsbahnverwaltung mit einem Rückgang des Umsatzes gerechnet werden; auch dürften die für das Erzeugnis geforderten Preisermäßigungen das Endergebnis beeinflussen.

H. Hagedorn & Comp., Celluloid- und Holzwaren-Fabrik, A. G. in Osnabrück. In der am 18. Dez. 1908 abgehaltenen Hauptversammlung wurde vom Vorstande über das zweite Geschäftsjahr dieser Gesellschaft Bericht erstattet. Infolge der allgemeinen schlechten Geschäftslage, welche ungünstig auf die Absatzverhältnisse wirkte, und größerer Neuanlagen, von denen erst im laufenden Geschäftsjahre ein Ertragnis zu erwarten ist, ist der Reingewinn hinter demjenigen des ersten Jahres zurückgeblieben. Von dem zur Verfügung stehenden Gewinn von 164 724 Mk. (einschließlich Vortrag aus dem Jahre 1906/07) finden, nach den Vorschlägen des Vorstandes, Verwendung: für Abschreibungen und Rückstellungen 91 800 Mk., für Gewinnanteile 2173 Mk. (gegen 7878 im Vorjahre), für 6% Dividende (9%) 60 000 Mk., so daß 104 500 als Vortrag verbleiben auf neue Rechnung. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr wurden vom Vorstande als günstig bezeichnet. In den bereits abgelaufenen Monaten des neuen Geschäftsjahres war der Eingang von Aufträgen besser, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Weitere Vorteile verspricht man sich von der in Kürze erfolgenden Aufnahme des Betriebes in der neuerbauten Nitrocellulose-Fabrik in Schepssdorf.

Fachtechnischer und sozialer Fragekasten.

In dieser Rubrik werden Anfragen und Antworten fachtechnischer und sozialer Art der Verbandsmitglieder ausgenommen. Wer von den Kollegen Auskunft der genannten Art wünscht oder diesbezügliche Antworten zu geben in der Lage ist, benutze den Fragekasten.

Frage 1.: Kollege R. G. in R. schreibt uns: Ich bitte freundlich, es möge mir ein Kollege mitteilen, woran es liegt, daß meine Rehtarbeiten auf der Abrihtmaschine bei tieferen Rehlungen geriffelt erscheinen, dagegen bei flachen Rehlungen und glatter Hobelarbeit keine Riffel bemerkbar sind.

Anmerkung der Redaktion. In der Regel werden die gestellten Fragen 8 oder 14 Tage nach Bekanntgabe beantwortet und bitten wir die fragenden wie antwortenden Kollegen, sich der möglichsten Kürze in der Fassung zu befleißigen.

Briefkasten.

Die bestellten Jahrbücher können, weit vergriffen, mit der dieswöchentlichen Zeitungsendung nicht verschickt werden. Die Besteller müssen sich bis zum Erscheinen der Neuauflage gebüden. Infolge des Feiertags „Hl. drei Könige“ ist für die nächste Nummer bereits Montag mittags Redaktionschluss.

Detmold
Grüßte
Tischler-Fachschule
Programme frei. Dir. Reinsking.
Zum Selbstunterricht empfehle:
Die Formelehre f. Tischler & Mlk. 1.35.
Die Stillehre f. Tischler & Mlk. 1.35.
Zu beziehen von
Direktor Reinsking, Detmold.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Direktor G. STREICH
Werkmeister, Techniker, Zeichner, gesetzliche Meisterprüfung.
Amerikaner vorzügliche, einzig bestehende Lehrmethode. — Programm frei durch:
Die Direktion, Bayerscherstrasse Nr. 115.

Deutsches Technikum
Lehr-Institut für Technischen Fern- und Korrespondenz-Unterricht
Berlin XIII, Schönebergerstrasse 8
Lehr: Kuhn-Ingénieur, Ingenieur-Kandidat & B. R. Ingenieur.
Gediegene theoret. Ausbildung für Bau- & Maschinenbau durch schriftlichen Unterricht, nach erfolgreicher Methode u. ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Der Unterricht erfolgt in deutscher Sprache. Die Lehrgänge werden in kürzester Zeit abgelesen am Unterrichts- und Prüfungsamt.
Ausführliches Programm gratis.

Genossenschaftl. Bürstentabrik
Ramburg (Walt).
Eilfertigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für
alle Sorten Bürstenwaren
für den Haushalt und industrielle Betriebe.
Lieferungen nach eingesandten Mustern prompt und billig. Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.
Eingelegte Fourniere
für Mähtische, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungschriften.
Eustach. Biller, Marqueter, Heidelberg, Theaterstrasse 7.